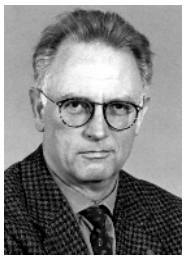

Detlef Hensche: Dritte (Ab-)Wege Lösung oder Teil des Problems?

Dr. Detlef Hensche, geb. 1938 in Wuppertal, Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB, Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, stellvertretender Vorsitzender der IG Druck und Papier, ist seit 1992 Vorsitzender der IG Medien.

Die Welt verändert sich. Also müssen auch politische Antworten überdacht werden - eine Binsenweisheit. Dass uns dabei die Kirchenväter im Stich lassen, wissen wir. Desgleichen sollten wir wissen, dass die geschmeidigen Botschaften des politischen Marketings eben so wenig helfen wie die Mythen der Küchen-Soziologie.

Politische Gestaltung tut Not

Um es vorweg zu schicken: Die kapitalistische Entwicklung sich selbst überlassen, heißt gesellschaftliche, soziale und ökologische Verwerfungen hinnehmen. Auch wenn einige

Propheten mit dem Niedergang des real existierenden Sozialismus das Ende der Geschichte feierten, der weltweite Triumph der Marktwirtschaft hat keine seiner Verheißungen erfüllt. Die unterentwickelten Regionen sind ärmer geworden. Die Verselbständigung der Finanzmärkte hat die Krisenanfälligkeit verschärft und nötigt der produzierenden und dienstleistenden Wirtschaft Rendite-Margen auf, die die Zukunftsfähigkeit, Breite und Vielfalt der wirtschaftlichen Entwicklung gefährden. Die Arbeitslosigkeit breitet sich aus. Soziale Spaltungen vertiefen sich. Die von Menschenhand verursachten Störungen des ökologischen Gleichgewichts nehmen bedrohliche Ausmaße an.

Kurzum, politische Gestaltung, tut Not national wie international. Diese Erkenntnis liegt freilich quer zum Zeitgeist. Mit dem Siegeslauf der Marktwirtschaft triumphiert auch deren Hausphilosophie. Bei aller gebotenen Differenzierung gibt es einige weltweit herrschende Dogmen: Der Staat halte sich raus; die Steuern müssen runter; der Einzelne muss mehr Verantwortung übernehmen. Senkung der Staatsquote, Privatisierung und Deregulierung sind folglich die bekannten Kernsätze des neoliberalen Katechismus. Selbst Keynes ist des Teufels.

Wenn in solcher Lage sozialistische Parteien und ihre Berater - wieder einmal - nach dritten Wegen suchen, „jenseits von links und rechts“, so stimmt dies nachdenklich. Wegweisungen dieser Art bieten nicht die Lösung, sondern sind Teil des Problems.

Als beispielsweise die SPD im letzten Bundestagswahlkampf die „neue Mitte“ entdeckte, mag sich mancher noch neugierig gefragt haben, wer dies denn sei. Mittlerweile sehen wir klarer. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger sind offenkundig nicht gemeint; auch nicht die alleinerziehende Mutter, die sich wie viele andere Frauen auch, mit prekärer Beschäftigung gegen schlechte Bezahlung arrangieren muss; auch an die Rentner ist wohl nicht gedacht. Schlimmer noch, verdächtig oft werden in der Renten-Debatte die Jungen beschworen, die nicht länger bereit seien, eine wachsende Beitragslast zu schultern. Man muss das nur oft genug wiederholen, um den ohnehin erkennbaren sozialdarwinistischen Tendenzen Nahrung zu geben!

Wer denn nun umgekehrt die Mitte bevölkert, erschließt sich unter anderem aus dem Schröder-Blairschen Leitbild von „harter Arbeit und Unternehmertum“. Dahinter verbergen sich „neue Unternehmer, Anwälte, Computerexperten, Ärzte, Handwerker, Unternehmensberater, Kulturschaffende und Sportler“. An anderer Stelle lesen wir beinahe hymnisch von einer Gesellschaft, die „erfolgreiche Unternehmer ebenso positiv bestätigt wie erfolgreiche Künstler und Fußballspieler...“ Allgemeiner formuliert: Adressaten sind die Modernisierungsgewinner, die Erfolgreichen, die Selbständigen (freilich nicht alle), die bereit und in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen und sich aus der kollektiven Vorsorge zu verabschieden. Damit korrespondiert die Hervorhebung der Eigenverantwortung und die Denunziation sozialstaatlicher Elemente als eines „Systems, das die Fähigkeit, Arbeit zu finden, behindert“. Desgleichen fügt sich die Forderung nach Kürzung der Staatsausgaben ins Bild. So ist denn nun endlich auch die SPD bei dem Mysterium angekommen, der Markt werde es schon richten. „Moderne Angebotspolitik“ heißt das, völlig ideologiefrei, versteht sich. Vergessen ist die - ursprünglich sogar liberale - Einsicht, dass bürgerliche Freiheit ohne sozialen Ausgleich und kollektive Vorsorge, ohne öffentliche Leistungen und Infrastruktur nicht zu haben ist.

Nun wollen wir dem Schröder-Blair-Papier nicht zu viel Ehre antun; dazu ist es zu unbedarft, stellenweise peinlich; es wird die parteiinterne Debatte, so sie denn stattfindet, sicher nicht unversehrt überstehen. Dennoch müssen wir es ernst nehmen, da die Grundorientierung für das alltägliche Selbstverständnis der SPD so neu nicht ist - von der aktuellen freidemokratischen Erbschleicherei der Grünen ganz zu schweigen.

Das muss für die Gewerkschaften Konsequenzen haben. Die erste ist die bittere Erkenntnis, dass den Gewerkschaften der traditionelle politische Bündnispartner abhanden kommt.[1] Damit wächst ihnen, ob sie es wollen oder nicht, die Rolle zu, eindeutiger und verbindlicher als bisher ihr politisches Mandat wahrzunehmen, auch und gerade im Widerspruch zur SPD. Denn eines geht nicht: Solange die Gewerkschaften mit dem Anspruch antreten, soziale Gerechtigkeit, Emanzipation und Chancengleichheit durchzusetzen und Spaltung zu überwinden, können sie die Fixierung auf eine „neue Mitte" nicht nachvollziehen. Es sei denn, sie wandelten sich zum Standesverband, was freilich existentielle Folgen haben dürfte. Natürlich haben auch die Gewerkschaften eine mehr oder weniger ausgeprägte Affinität zu denen, die drin sind; die Sicht des männlichen, vollzeitbeschäftigten Facharbeiters oder Angestellten prägt allzu oft die tägliche Arbeit. Natürlich findet sich die „neue Mitte" auch in der Gewerkschaftsmitgliedschaft; so soll es ja auch sein! Dennoch ist es den deutschen Gewerkschaften immer wieder gelungen, sich vor einer trade-unionistischen Interessenreduktion zu bewahren und aus dem Kampf für soziale Gerechtigkeit, gegen Diskriminierung und Spaltung politische Kraft zu gewinnen.

Auch aus anderen Gründen gewinnt der politische Auftrag der Gewerkschaften größeres Gewicht. Unter den Bedingungen von Wachstum und prosperierender Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich mit beachtlichem Erfolg ein Wohlstandsmodell durchgesetzt, dass es Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen ermöglichte, durch Tarifvertrag und betriebliche Leistung ungeahnte Wohlstandssteigerungen durchzusetzen. Zum einen stößt dieses Modell in Zeiten von Arbeitslosigkeit, Wachstumsrückgang und verschärfter Konkurrenz an Grenzen; die Tariferosion ist ein Seismograph für diese Tendenz. Zum anderen werden Lebenslage, Beschäftigung, soziale Sicherheit, Emanzipation, Verteilungsgerechtigkeit und demokratische Gestaltungschancen je länger je mehr von politischen Weichenstellungen geprägt. Die Entwicklung von Bildungs- und Weiterbildungsangeboten, die Unterhaltung von Kindergärten und kulturellen Einrichtungen, das Angebot umweltfreundlicher Verkehrsmittel, Beschäftigungspolitik und soziale Sicherung - dies und vieles andere mehr hat auf die soziale Lage der abhängig Beschäftigten und der Arbeitslosen mindestens den gleichen Einfluss wie gute Tarifverträge und erfolgreiche Betriebs- und Personalratsarbeit.

Den DGB stärken!

Wenn sich folglich die SPD auf dem Weg zur „neuen Mitte" nach rechts schlägt, und zugleich die Bedeutung politischer Einflussnahme wächst, muss dies Konsequenzen für den gewerkschaftlichen Aufbau haben. Es gilt, den politischen Arm der Gewerkschaften, den DGB zu stärken. Die Gewerkschaften müssen ihn mit der notwendigen Autorität und Bewegungsfähigkeit ausstatten.

Bekenntnisse dieser Art sind wohlfeil. Die tatsächliche Entwicklung weist in eine andere Richtung. Ein lockerer Bund, reduziert auf mitgliederferne Aufgaben, ohne autonome, von den Einzelgewerkschaften unabhängige Willensbildung - darauf zielt die gegenwärtige Reform; ein solcher Bund wird weiter an Autorität verlieren. Umgekehrt ist es das Gebot der Stunde, dem DGB eine eigene, nicht erst über die Einzelgewerkschaften vermittelte, demo-

1 Bodo Zeuner hat dies unlängst treffend auf den Punkt gebracht, „siehe Frankfurter Rundschau" vom 17. Juni 1999.

kratische Willensbildung zu ermöglichen; das schließt basisdemokratische Initiativen durchaus ein. Mit anderen Worten: Der DGB muss als politisch durchsetzungsfähiger Akteur mehr sein als die Summe der Einzelgewerkschaften und der von diesen entsandten Delegierten und Vorstandsmitglieder, was im Ergebnis zwangsläufig in die Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners mündet. Denkt man die vorstehenden Überlegungen zu Ende, endet man letztlich bei einem Modell, das vor Gründung des DGB Pate gestanden hatte: nämlich einem Bund, dem die Menschen selbst als Mitglieder angehören. Dass dies alles andere als lebensfremd ist, zeigt das österreichische Beispiel: Die Gewerkschaftsmitglieder sind Mitglied des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB); innerhalb des ÖGB liegen die Kompetenzen für Tarifpolitik, Betriebsarbeit, berufliche Bildung und anderer Branchenfragen bei autonomen Gewerkschaften.

Es kommt hinzu: Verschärfte Konkurrenzbedingungen bei gleichzeitig wachsender sozialer Polarisierung stellen erhöhte Anforderungen an die politische Verallgemeinerungsfähigkeit. Es trägt z.B. nicht gerade zur Reformfähigkeit bei, wenn in Fragen der Ökologie, der Energiepolitik oder der Steuerreform die jeweils intervenierenden Konzerne und Unternehmerverbände die zuständigen Gewerkschaften in die Verteidigung von Branchenin-teressen einzubinden versuchen. Ein Schelm, der Tendenzen dieser Art bestreitet! Ja, Arbeitslosigkeit und Angst um die eigene Zukunft werden den Druck verschärfen. Dabei stehen nicht nur Konflikte zwischen Allgemein- und Brancheninteressen, sondern auch zwischen einzelnen Beschäftigtengruppen ins Haus, z. B. zwischen besserverdienenden vollzeitbeschäftigten Facharbeitern in der Exportindustrie auf der einen und prekär beschäftigten Frauen in Dienstleistungsbetrieben auf der anderen Seite; man denke etwa an das Altersteilzeitgesetz, das die Teilzeitbeschäftigten ausgrenzte. Auch solche Versuchungen zur Klientel- und Branchenpolitik in der Rolle des jeweiligen Juniorpartners zwingt zur Bildung eines mit eigener Unabhängigkeit und Autorität ausgestatteten DGB.

Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt: Auf europäischer und internationaler Ebene stehen wir vor ähnlichen Herausforderungen. Die seit langem feststellbare Selbstentmündigung der Politik zugunsten einer bornierten Standort-Pflege macht ja vor den Gewerkschaften nicht halt. Das „Bündnis für Arbeit“ hat bekanntlich den verräterischen Beinamen: „...und für Wettbewerbsfähigkeit“. Sollte sich diese Entwicklung unter Bedingungen des Euro fortsetzen, wäre es um die gewerkschaftliche Autonomie und Handlungsfähigkeit schlecht bestellt. Auf tarifpolitischem Feld gibt es erste hoffnungsvolle Verabredungen, wie z.B. die Vereinbarung von Doorn. Stets geht es um die uralte Einsicht: Gesellschaftliche und soziale Wohlfahrt sowie eine gedeihliche, zukunftsfähige volkswirtschaftliche Entwicklung würden im Ansatz verhindert, wenn wesentliche Rahmenbedingungen, wie tarifvertragliche Leistungen, Steuern, Arbeitsrecht, soziale Sicherung und Umweltschutz zum Instrument wechselseitiger Unterbietungskonkurrenz verkommen. Anders gewendet, wenn die Ausschaltung der Konkurrenz in den eigenen Reihen Gründungs- und Handlungsmaxime der Gewerkschaften ist, muss dies auch international gelten. Die Einsicht ist vorhanden, die organisatorischen Strukturen fehlen noch. Sie zu schaffen ist vorrangige organisationspolitische Aufgabe.

Mehr Differenzierung wagen

Es scheint ein Widerspruch zum vorstehenden Plädoyer für Politisierung und Verallgemeinerungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit, wenn im folgenden mehr Differenzierung reklamiert wird. Der politischen Zentralität auf der einen Seite entspricht das Verlangen

nach fachlicher und beruflicher Dezentralität auf der anderen Seite. Oder, anders gesagt: Während ein Element des wirtschaftlichen Wandels in der Verschärfung, ja Brutalisierung des nationalen und internationalen Wettbewerbs besteht, betrifft ein anderes Kennzeichen die Auflösung fester Strukturen.

Die Gewerkschaften sind groß und durchsetzungsmächtig geworden im industriellen Großbetrieb. Hier wurde der Tarifvertrag zur allgemeinen Norm. Hier war die gesellschaftliche Dichotomie erfahrbar; hier waren kollektives Aufbegehren möglich und Solidarität erlebbar. Und hier war die Uniformität von Arbeitsbedingungen sichtbar, begleitet von der gleichen Lebenssituation außerhalb des Betriebes.

In dieser Hinsicht stehen wir vor entscheidenden Veränderungen. Zum einen sind gesellschaftliche Individualisierungstendenzen unübersehbar. Zum anderen löst sich der Großbetrieb auf; an seine Stelle treten neue Formen der Arbeitsorganisation, insbesondere durch Dezentralisierung, durch kundennahe Arbeitsanforderungen, durch Projektarbeit und andere Formen ergebnisorientierter Leistungen. Dies setzt tarifvertraglichen Einheitslösungen Grenzen.

Zu Recht werden in diesem Zusammenhang individuelle Wahlmöglichkeiten und Spielräume für betriebliche Lösungen reklamiert, etwa in Fragen der Arbeitszeitgestaltung und Arbeitsorganisation. Wer ergebnisorientiert arbeitet, hört nicht mitten im Arbeitsprozess auf, weil die Werkssirene den Feierabend einläutet. Er würde sich im Zweifel auch gegen die wohlmeinende Intervention von Betriebs- und Personalräten wehren. Andere Formen der Arbeitszeitgestaltung gewinnen daher größere Bedeutung, wie etwa Blockfreizeiten oder „Sabbaticals“. Auch ist daran zu denken, in der konkreten Gestaltung der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen neuartige Formen der Interessenwahrnehmung zu entwickeln, die über den stellvertretenden Schutz durch Betriebs- und Personalräte hinausweisen. Gruppengespräche und autonome Gestaltung der Arbeitsbedingungen oder Zielvereinbarungen könnten die Geltendmachung sozialen Schutzes durchaus in die Hände derer zurückgeben, die unmittelbar betroffen sind.

Mit anderen Worten, die Veränderung der Arbeitsbedingungen kann in einzelnen Sektoren so weit gehen, dass die klassischen und Jahrzehnte bewährten Instrumente zum Schutz vor Gesundheitsverschleiß und zur Verteidigung der eigenen freien Zeit nicht mehr greifen, nämlich die täglich bzw. wöchentlich vorgegebenen und messbaren Arbeitsstunden und die gesetzlich installierten Hüter dieser Normen: Betriebs- und Personalräte. Hier wird zu Recht - nicht nur von so genannten „Modernisierern“ - darauf hingewiesen, dass bestimmte Versatzstücke des kollektiven, hier und da auch fürsorglichen Schutzes zugunsten stärkerer Eigenverantwortung zu reformieren sind.

Das hat Folgen für die Gewerkschaften. Auf einem anderen Feld ist dies mit Händen zu greifen: bei all den freiberuflich Tätigen, die - gleich ob scheinbar oder wirklich selbständig - zwar steuerrechtlich Unternehmer sind, doch in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit sich nicht von Arbeitnehmern unterscheiden. Ja, ohne betriebliche Interessenvertretung und Tarifvertrag sind sie oftmals noch schutzbedürftiger als Arbeitnehmer. Mangels betrieblich vermittelter einheitlicher Leistungsbedingungen und nicht zuletzt angesichts reduzierter Chancen kollektiver Arbeitseinstellung (den Gegenbeweis lieferten unlängst die literarischen Übersetzer in Gestalt eines Verlagsboykotts) gewinnen andere Formen der Unterstützung Bedeutung wie: regelmäßiger Informationsaustausch über Leistungs- und Verwertungsbedingungen, gegebenenfalls auch Absprachen, Beratung über Fragen des Sozial-, Urheber-, Steuer- und Gesellschaftsrechts; auch - entgeltlich angebotene - Professionalisierungsseminare erfreuen sich nach den Erfahrungen der IG Medien lebhaften Zuspruchs.

Der unbestreitbare Tatbestand, dass feste, dauerhafte betriebliche Arbeitsverhältnisse anderen Beschäftigungsformen Platz machen, wird von konservativer Seite als Aufbruch in die neue Selbständigkeit gepriesen. Herkömmlicher tarifvertraglicher, arbeitsrechtlicher und sozialer Schutz werde durch Eigenvorsorge ersetzt. Euphorisch werden aus Arbeitnehmern „Arbeitskraft-Unternehmer". Bei soviel Optimismus mögen auch die Propheten des „dritten Weges" nicht abseits stehen. Von rechts bis links preist man die Kultur der Selbständigkeit.

Richtig ist, dass sich jenseits des so genannten Normal-Arbeitsverhältnisses längst eine neue Normalität der befristeten, projektbezogenen oder selbständigen Arbeit herausgebildet hat. Richtig ist auch, dass die Erwerbsbiografie der jungen Generation durch unterschiedliche und wechselvolle Stationen geprägt sein wird; durchaus nicht immer unter dem stummen Zwang der Verhältnisse, sondern bei nicht wenigen in Übereinstimmung mit der eigenen Lebensplanung. Es ist jedoch Unfug, dies als Aufbruch ins Paradies der Freien und Gleichen zu besingen. Die neue Normalität besteht zuvörderst aus prekären Beschäftigungsverhältnissen. Auf einen geschäftstüchtigen Computerexperten und auf einen erfolgreichen freien Journalisten kommen einige hundert geringfügig Beschäftigte, Teilzeitkräfte in perspektivlosen Beschäftigungsverhältnissen und gegen miserable Bezahlung; ganz zu schweigen von all den gestrandeten Existenzen: Acht von zehn Existenzgründungen münden in der Pleite. Dies prägt die soziale Realität wahrlich mehr als etwa Schröders Idole der Gewinner.

Umso notwendiger ist sozialer, also auch gewerkschaftlicher Schutz. Was das aktuelle Thema der Sozialversicherung angeht, steht nicht Eigenverantwortung, also Privatisierung auf der Tagesordnung, sondern die Einführung einer Versicherungspflicht für alle. Die Praxis der Künstlersozialversicherung beweist, dass dies geht und von den Betroffenen angenommen wird; die Jahr für Jahr wachsende Anmeldungsrate bei der Künstlersozialkasse widerlegt übrigens das dumme Geschwätz von der unbeliebten, bürokratischen gesetzlichen Rentenversicherung.

Der jüngst aufgeflammte Streit über einen öffentlich zu fördernden Niedriglohn-Sektor hatte zumindest den Erfolg, die Augen für den real existierenden Niedriglohn-Bereich zu öffnen. Bei Licht betrachtet: ein Offenbarungseid für die gewerkschaftliche Tarifpolitik! Hier rächt sich die dominante Blickrichtung auf die betrieblichen Arbeitsverhältnisse der - männlichen - Vollzeitbeschäftigten. Es ist bezeichnend, dass die Bedingungen ganz unten erst breitere Aufmerksamkeit erringen, seitdem sie auch männliches Schicksal bedrohen. Breitet sich der Niedriglohnsektor aus, hat dies zwangsläufig Folgen für die immer noch große Zone „normal" Beschäftigter und die Chancen ihrer Interessendurchsetzung. Reformprojekte wie etwa Arbeitszeitverkürzung müssen scheitern, wenn sich die Einkommenssituation für immer mehr Menschen verschlechtert. Wer wenig verdient, keine Perspektive sieht und sich Sorgen um die eigene Zukunft und die seiner Angehörigen machen muss, sieht sich gezwungen, länger zu arbeiten, wann immer sich die Gelegenheit dazu bietet, und zusätzliches Einkommen mitzunehmen; Arbeitsumverteilung kann unter diesen Bedingungen kein Thema sein.

Wie wäre es mit einem gewerkschaftlichen Schwerpunktprogramm zur Hebung der Löhne und Gehälter und zur Verbesserung der beruflichen Perspektive all der Millionen Menschen im Niedriglohnbereich? Eine unter den Gewerkschaften abgestimmte Tarif-Offensive für ein Mindesteinkommen könnte den Anfang bilden. Die österreichischen Gewerkschaften haben es mit ihrer „10.000-Schilling-Kampagne" vor Jahren vorgemacht. Übrigens würde dies auch dem Tarifvertrag ein gehöriges Stück Autorität zurückerobern. Versagen sich die Gewerkschaften dieser Aufgabe, wird letztlich der Gesetzgeber in die Bresche springen müssen.

Genug der Beispiele. Politisierung und Verallgemeinerungsfähigkeit auf der einen und unterschiedliche Fortentwicklung sozialen Schutzes, verbunden mit der Offenheit für differenzierte Bedürfnisse auf der anderen Seite, bilden die Pole für gewerkschaftliche Reformnotwendigkeiten. Ein „dritter Weg"? Wohl kaum. Das alte Leitbild sozialer Emanzipation tuts auch.